

**Informationsveranstaltung zur
Beteiligung des Regionalverbandes Südniedersachsen am
„Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge“:
(Montag, 15. August 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr im
Sitzungssaal des Kreishauses Northeim)**

**Begrüßung durch Herrn
Landrat Michael Wickmann**

Anrede,

als Landrat des Landkreises Northeim und als stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Regionalverbandes Südniedersachsen begrüße ich Sie heute sehr herzlich zu dieser Informationsveranstaltung im Kreishaus in Northeim. Ich freue mich, dass wir hier - wie es in der Einladung hieß: im Kreissaal der Kreisverwaltung – zu dieser wichtigen Veranstaltung zusammengekommen sind.

Ich hoffe natürlich, dass wir heute viele gute neue Ideen gebären werden zur Beteiligung des Regionalverbandes Südniedersachsen am „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge“.

Die heutige Veranstaltung soll in erster Linie dazu dienen, die Antragstellung des Regionalverbandes inhaltlich vorbereiten zu helfen. Darauf komme ich im Anschluss noch zurück.

Besonders begrüßen möchte ich Herr Dr. Glatthaar von der Agentur Proloco. Herr Dr. Glatthaar wird uns bei der Antragstellung für das erwähnte Aktionsprogramm unterstützen.

Mit der Auslobung eines Teilnahmewettbewerbs hatte Herr Bundesraumordnungsminister Dr. Ramsauer im April 2011 das Aktionsprogramm unter der Überschrift „regionale Daseinsvorsorge“ gestartet. Der Regionalverband Südniedersachsen legte am 25. Mai beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung eine Interessenbekundung vor. Bei dieser Interessenbekundung haben wir Bildung/Kultur, Gesundheit/Pflege sowie Nahversorgung/Einzelhandel in den Mittelpunkt gestellt.

Ich werte es als Bestätigung der Qualität unserer Interessenbekundung, dass der Regionalverband Südniedersachsen unter 154 Einsendern in die Gruppe der fünfzig Akteure aufgenommen wurde, die die

nächste Runde erreicht haben. Verbunden damit war die Aufforderung, bis zum 16. September 2011 einen Antrag auf Aufnahme in die Hauptphase - 1. Januar 2012 bis 30. Juni 2013 - zu stellen.

In den nächsten gut vier Wochen müssen wir den Antrag vorbereiten, der einen Umfang von rund 25 Seiten haben wird. Diese Antragstellung wird im Arbeitskreis der Regionalplaner derzeit mit Unterstützung der Regierungsvertretung Braunschweig und dem Büro Prologo erarbeitet. Von der heutigen Veranstaltung und drei bis Ende August stattfindenden Arbeitsgruppensitzungen erhoffen wir uns weitere Impulse für diese Arbeit.

Für das Aktionsprogramm hat der Bund 6,5 Millionen Euro zu Verfügung gestellt. Jede der an der Hauptphase teilnehmenden 25 bis 30 Regionen erhält für die 18-monatige Bearbeitungszeit eine Unterstützung, die zwischen 60.000.- und 180.000.- Euro liegen wird. Für die Regionen, die ihre Strategie besonders engagiert gestalten und aus den Ergebnissen umsetzungsreife Innovationen entwickeln, sind im Jahr 2014 weitere Bundesmittel für Anschlussprojekte vorgesehen.

Für die Antragstellung hat der Bund jeder Region zunächst einen Betrag von 4.000 Euro zur Verfügung gestellt – die Landkreise und die Stadt Göttingen haben am 12. Juli zugesagt, diesen Betrag mit eigenen Mittel zu ergänzen. Wir wissen, dass zu unseren Wettbewerbern beispielsweise der Zweckverband Großraum Braunschweig zählt, der mit ganz anderen finanziellen Möglichkeiten tätig ist. Das hindert uns aber nicht an unserem Optimismus, in die Hauptphase aufgenommen zu werden.

Im Rahmen des Aktionsprogramms werden die einzelnen Handlungsfelder nicht getrennt als „Fachplanungen“, sondern in der Gesamtheit der öffentlichen Infrastrukturangebote diskutiert. So führen Schulschließungen oft zu einer Reduzierung des Nahverkehrsangebots und damit zu einer Verschlechterung der Erreichbarkeit der verbliebenen Infrastrukturangebote wie Kindergärten, Arztpraxen oder Beratungseinrichtungen.

Die Diskussionen werden mit detaillierten Berechnungen von Szenarien unterlegt – hier wollen wir insbesondere auf die Daten des Landesbetriebes für

Statistik und Kommunikationstechnologie und der NBank zurückgreifen.

Auffällig an dem Aktionsprogramm ist die weit gefasste zeitliche Perspektive. Der uns vom Bund vorgegebene Planungshorizont von etwa 20 Jahren geht weit über den Gültigkeitszeitraum vieler Fachplanungen hinaus, unterstreicht aber zugleich die Bedeutung einer langfristig angelegten Regionalstrategie.

Wir haben im Vorstand am 12. Juli in Göttingen einstimmig die Beteiligung des Regionalverbandes an diesem Wettbewerb begrüßt. Wir freuen uns darüber, dass wir die Chance haben, eine regionale Diskussion über das Thema der öffentlichen Daseinsvorsorge mit Unterstützung des Bundes zu führen – auch wenn wir wissen, dass es an der einen oder anderen Stelle eine gewisse „Strategiemüdigkeit“ gibt.

Dafür habe ich zunächst viel Verständnis. Andererseits stehen Kommunen und Unternehmen angesichts des demographischen Wandels vor großen Herausforderungen. Ihnen können wir nicht mehr mit denselben Mitteln gerecht werden wie bislang. Wir müssen gemeinsam versuchen, eine Symbiose zwischen Realismus und Kreativität einzugehen. Maßgeblich sind natürlich die Entscheidungen der politischen Gremien etwa in Fragen der Schulentwicklung – das Aktionsprogramm bietet aber die Chance, der Politik Hinweise zu geben, wie zukunftsorientierte und belastbare Lösungsansätze aussehen können.

Als Querschnittsaufgaben sehen wir zunächst den Öffentlichen Personennahverkehr, der ja ein wichtiges verbindendes Element beispielsweise des Schulangebots und des Angebots an ärztlichen Dienstleistungen darstellt. Darüber hinaus wollen wir aber auch überlegen, welche Auswirkungen der demographische Wandel möglicherweise auf die künftige Entwicklung der kommunale Steuerungs- und Entscheidungsebene hat.

In der „Regionalstrategie Daseinsvorsorge“ sieht der Bund ein geeignetes Instrument für ländlich strukturierten Regionen, in denen die Grundversorgung mit örtlichen Leistungsangeboten wie Schulen, Kindergärten, Gesundheitseinrichtungen, ÖPNV, Straßen und technischer Ver- und Entsorgung gefährdet erscheint, weil die Bevölkerung stark abnimmt und altert. Das Instrument hat sich unter dem

Namen „Masterplan Daseinsvorsorge“ bereits in einigen Modellregionen praktisch bewährt.

Entwickelt werden soll so etwas wie eine „Spielwiese“, auf der Szenarien planerisch durchgespielt werden. Dies erfolgt jedoch – und darauf legt das Bundesministerium großen Wert – auf der Basis valider Daten und Prognosen. Diese Spielwiese soll nicht in Rat- oder Kreishäusern entstehen, sondern in enger Kooperation mit den Menschen, um deren Zukunft es geht.

Aufgabe der Politik ist es, die Ergebnisse dieses regionalen Brainstormings zu bewerten und daraus die erforderlichen Schlüsse zu ziehen. Die in vier Wochen in Niedersachsen anstehende Kommunalwahl bietet also auch neuen Rats- und Kreistagsmitgliedern die Chance, sich in diese Diskussionsprozessen aktiv einzubringen.

Den heutigen Nachmittag wollen wir nutzen, um Ihnen einen Überblick über die bislang geleistete Arbeit zu geben und Sie zu bitten, sich im Rahmen Ihrer zeitlichen Möglichkeiten an der Antragstellung zu beteiligen.

Im Anschluss werden Herr Reyhn und Herr Dr. Glatthaar Ihnen weitere Hinweise zum Aktionsprogramm und der Antragstellung geben.